

Unter dem Titel „Für eine starke LINKE – Für Solidarität, Frieden und Gerechtigkeit Wahlerfolge 2016 organisieren“ stand der Leitantrag des Parteivorstandes, der dem Bundesparteitag zur Abstimmung vorgelegt wurde. Unter den vielen Änderungsanträgen, die eingereicht wurden, befanden sich auch 19 von der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbstbestimmte Behindertenpolitik. Die meisten unserer Änderungsanträge wurden von der Antragsberatungskommission bereits im Vorfeld übernommen. Sie befassten sich hauptsächlich mit Inklusion und Barrierefreiheit.

Um arbeitslosen Menschen mit Behinderung gesellschaftliche Teilhabe zu garantieren, hat die BAG SB in einem Änderungsantrag „einen Nachteilsausgleich für behinderte Menschen“ in den Leitantrag aufnehmen wollen. Dieser Antrag war von der Antragsberatungskommission abgelehnt worden. Nachdem die Delegierte der BAG SB den Antrag auf dem BPT eingebracht hatte und ein Sprecher der BAG ihn begründet hatte, nahm der BPT diesen Antrag mit großer Mehrheit an.

Zum Antrag der BAG Kommunalpolitik „Eine andere Kommune ist möglich“ wurden ebenfalls einige Änderungsanträge der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik zum Bundesparteitag in Bielefeld eingereicht. Wieder wurden die meisten Anträge von der Antragsberatungskommission bereits im Vorfeld übernommen. Dazu gehörte auch ein Antrag für die Erarbeitung, Diskussion und Umsetzung kommunaler Maßnahmen/Aktionspläne zur Umsetzung der UN-BRK. Erst abgelehnt und nach Verhandlungen doch noch übernommen wurde die Forderung, das Wahlrecht für alle Menschen, die unter voller Betreuung stehen, bei den Kommunalwahlen einzuführen.

Ira Kromm 11.6.2015